



Simulation Europäisches Parlament 2012

Eine Veranstaltung der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.
Tel: +49 30 97005492 | Fax: +49 30 28877487 | Mobil: +49 176 79800641
simep@jeb-bb.de | www.simep.eu | www.facebook.com/simep.eu



Final vom 10.12.2012

Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament an die Kommission, den Rat der EU, den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten zur Zukunft des Euro

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament,

- unter Hinweis auf das Scheitern des Europäischen Rates vom 22. und 23. November 2012 zur Erreichung eines Konsens über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014 bis 2020,
 - unter Hinweis auf den Zwischenbericht „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ vom 12. Oktober 2012,
 - unter Hinweis auf den internationalen Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 9. Dezember 2011,
 - unter Hinweis auf den „Pakt für den Euro. Stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ (Euro-Plus-Pakt) vom 24./25. März 2011,
 - unter Hinweis auf die unter dem Namen „sechser Paket“ verabschiedeten und die unter dem Namen „zweier Paket“ derzeit im Rechtssetzungsverfahren befindlichen Rechtsakte,
 - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
 - auf Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) an das Plenum der Simulation Europäisches Parlament vom 10. Dezember 2012,
 - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) vom 10. Dezember 2012,
- A. in der Erwägung, dass die Union seit über 60 Jahren ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Wohlstand und Frieden ermöglicht;
- B. in der Erwägung, dass Europa im 21. Jahrhundert nur Einfluss auf die Gestaltung des Miteinanders der Völker der Welt haben wird, wenn es wirtschaftlich stark ist, mit einer Stimme spricht und geeint handelt;
- C. in der Erwägung, dass eine Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion als deutliches Signal der Stärke die Märkte beruhigen und helfen wird, die gegenwärtige Krise endgültig zu überwinden;
- D. in der Erwägung, dass die Währungsunion und damit die gesamte EU ohne Vollendung der Politischen Union keinen Bestand haben wird und es höchste Zeit ist, die dazu notwendigen Schritte zu ergreifen;

Vergemeinschaftung der Haushaltspolitiken

1. lehnen den Fiskalvertrag, die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch das „sechser Paket“ sowie der Kompetenzen der Kommission zur Kontrolle nationaler Haushalte durch das „zweier Paket“ ab;
2. zeigen sich überzeugt, dass das Europäische Parlament echte Durchgriffsrechte gegenüber den Haushalten der Mitgliedstaaten benötigt, die nicht die Vorgaben des Fiskalvertrags einhalten;
3. sehen es angesichts der wirtschaftlichen Situation in den Mitgliedstaaten als unabdingbar an, den EU-Haushalt zu erhöhen, um eine nachhaltige positive Entwicklung in allen Bereichen zu garantieren;



Junge Europäische Bewegung



Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.

Verantwortlich: Jano Costard und Daniel Kempin

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin | Tel: 030 97005492 | 0176 79800641
simep@jeb-bb.de | www.simep.eu | www.facebook.com/simep.eu

Gefördert durch:



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Vergemeinschaftung der Wirtschaftspolitik

4. begrüßen die mit dem sog. „sechser Paket“ und dem Euro-Plus-Pakt ergriffenen Maßnahmen zur wirtschaftspolitischen Koordinierung als einen ersten Schritt in die richtige Richtung;
5. fordern, die Anstrengungen für eine koordinierte Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten in der Welt zu intensivieren;

Demokratische Legitimität und Integrationsfortschritt

6. halten es für notwendig, dass die neuen Kompetenzen mit klaren Verantwortlichkeiten auf Unionsebene einhergehen und der Präsident der Kommission sowie die Kommissare vom Parlament gewählt werden, wobei jeder Mitgliedstaat durch ein Kommissionsmitglied vertreten sein muss. Sie können nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum ersetzt werden;
7. erkennen im Vetorecht einzelner Staaten gegen Vertragsänderungen eine Gefahr für den weiteren Integrationsprozess und den globalen Einfluss der EU im 21. Jahrhundert und fordern deshalb Vertragsänderungen durch die Einführung des Prinzips der qualifizierten Mehrheit im Europäischen Rat und der absoluten Mehrheit im Europäischen Parlament zu ermöglichen;
8. werden dem Rat der EU einen entsprechenden Entwurf zur Änderung der Verträge vorlegen;
9. fordern den Europäischen Rat auf, gemäß dem ordentlichen Änderungsverfahren einen Verfassungskonvent einzuberufen und diesem die Vorschläge des Parlaments vorzulegen;

o
o o

10. beauftragen ihren Präsidenten, diese Empfehlung der Kommission, dem Rat der EU, dem Europäischen Rat und den nationalen Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU zu übermitteln.